

- ☐☐ **Israel: Korrupter Besatzungsstaat**

Das Regime in Israel bewege sich auf die falsche Seite, schreibt Uri Avnery in Haaretz. Dabei nimmt er Bezug auf einen Satz von US-Präsident Obama. Bei einer Rede in Kairo zu Beginn seiner Amtszeit habe er die Nationen gewarnt, sich nicht auf "die falsche Seite der Geschichte" zu stellen. Während die arabischen Nationen diesen Rat befolgt zu haben scheinen, scheine Israel beschlossen zu haben, sich so weit wie möglich von der richtigen Seite zu entfernen, so Avnery.

Das Ansehen Israels sinke ständig, jedoch nicht wegen einer antisemitischen Verschwörung, wie es das israelische Regime und die zionistische Lobby in den USA stets propagiere, sondern weil es auf der falschen Seite der Geschichte stehe. Israel pflege seit Jahrzehnten ein Besatzungsregime. Es missachte die internationale öffentliche Meinung, die Vereinten Nationen und das internationale Recht.

"Andauernd werden andere Menschen kontrolliert und erniedrigt. Ideologisch und praktisch lebt es in der geistigen Welt des 19. Jahrhunderts, während der Rest der Welt ins 21. startet. Die israelische Politik ist einfach unzeitgemäß", schreibt Avnery. Israel halte an einer Art Nationalismus fest, die zu

Zeiten der französischen Revolution modern war, als der Nationalstaat das höchste Ideal war. Die politische und ökonomische Elite des Landes sei durchdrungen von Korruption.

Premierminister Netanyahu verfolge eine klare Politik, nämlich den Besatzungsstaat Israel aufrecht zu erhalten, die Siedlungspolitik auf palästinensischen Boden fortzusetzen, sowie einen dauerhaften Frieden und die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Aus einem Bericht der Haaretz geht hervor, dass Netanyahu auch innerhalb internationaler Politik offenbar kein großes Vertrauen mehr genießt.

So soll es bei einem Telefonat mit der deutschen Kanzler-Darstellerin Merkel zu einem Streit gekommen sein. Der israelische Premier hatte Kritik an der Beteiligung Deutschlands an einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, mit der die Siedlungspolitik verurteilt wurde, üben wollen, und sich dabei eine Abfuhr geholt. Die Resolution wurde aufgrund eines Vetos der USA verhindert.

- ☐☐ **Guttenberg-Demos werden Rohrkrepierer**

Die über das Internet, insbesondere Facebook angekündigten Demonstrationen für Guttenberg erwiesen sich als Rohrkrepierer. Von dutzenden Kundgebungen fielen die meisten aus, weil sich nicht einmal jemand gefunden hatte, der diese anmeldete. Lediglich in Berlin, München, Hamburg, Frankfurt und Rosenheim versammelten sich einige hundert Menschen. Die meisten davon jedoch Guttenberg-Gegner, welche die Versammlung für ihre Späße nutzten. Die wenigen Guttenberg-Fans waren weit über 60.

Von den vermeintlich aber bis zu über 500.000 Guttenberg-Fans, die sich über Facebook organisiert hatten, fehlte jede Spur. Bis zuletzt verbreiteten Massenmedien unkritisch diese Zahlen, bei denen es sich offenkundig um Betrug handelt. Sowohl von Facebook, als auch von den angeblichen Initiatoren der Gruppe „Wir wollen

Guttenberg zurück“ war keine Stellungnahme zu erhalten. Auch auf Scherz-Initiativen wie „Kommunistisches Bündnis für Guttenberg“ oder „Hedonistische Internationale“ fielen Massenmedien reihenweise herein.

Auf den scheinbaren Pro-Guttenberg Demos hatten dagegen zahlreiche Aktivisten ihren Spaß. Auf den zu sehenden Plakaten und Transparenten waren Sprüche wie „Guttenberg muss Kaiser werden“, „Gutti ist der Beste“, „Guttenberg – Von Gott gesandt für unser Land“, „Militärputsch jetzt!“, „Monarchie – jetzt oder nie!“, „Du hast die Haare schön“, „Back for Gutt“, „Wir sind dein Volk“, „KTG, für uns ins Licht!“ oder „Solidaritet mit dem Oberbefehlshaber“ zu lesen.

- ☐ ☐ **Aktionen gegen Stuttgart 21**

Am Samstag fanden in Baden-Württemberg landesweit Kundgebungen und Aktionen von Stuttgart 21-Gegnern statt. Unter anderem beteiligten sich mehrere hundert Aktivisten an Infoständen in allen 70 Wahlkreisen. Der landesweite Aktionstag stand unter dem Motto "Stuttgart 21 abwählen" und wurde von einer Facebook-Gruppe, den "Parkschützern" und dem "Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21" organisiert. Nach dem Willen der Aktivisten soll die Landtagswahl am 27. März auch eine Abstimmung über das

Bahnprojekt "Stuttgart 21" sein.

-  **Internationale
Investitionsverträge**

Die Europäische Union plant neue

Investitionsverträge mit Kanada, Indien, China, Russland, Singapur und anderen Ländern. Auf Druck von Wirtschaftslobbys und Anwaltsfirmen geht es dabei vor allem um starken "Investorenschutz". Transnationale Konzerne sollen unter anderem das Recht erhalten, in intransparenten internationalen Schiedsgerichten gegen staatliche Regulierungsmaßnahmen jedweder Art vorzugehen. Im März und April 2011 wird das Europäische Parlament über seine Position zur zukünftigen EU-Investitionspolitik abstimmen.

Bereits im Jahr 2009 hatte der schwedische Konzern Vattenfall auf Basis solcher Investitionsverträge die Stadt Hamburg auf 1,4 Mrd Euro verklagt, weil die neue Stadtregierung ein Umweltgesetz verändert hat, das höhere Kosten für den Konzern bedeutet hätte. Das globalisierungskritische Netzwerk attac hat eine [Petition](#) für eine "gerechtere EU-Investitionspolitik" gestartet, damit öffentliche Institutionen gegenüber transnationalen Konzernen souverän bleiben.

- **Auch Abgeordnete plagiiieren**

Nicht alle Antworten auf abgeordnetenwatch.de stammen auch 1:1 von den Abgeordneten selbst, berichtet die Initiative. In einigen Fällen seien in der Vergangenheit ganze Absätze aus Wikipedia kopiert worden, ohne diese kenntlich zu machen. Auffällig

wird diese Praxis, wenn eine Abgeordneten-Antwort einen oder mehrere Links zu der Online-Enzyklopädie enthält.

Dann habe der Verfasser des Textes wahrscheinlich einen Wikipedia-Text eins zu eins oder in Auszügen samt Links auf weiterführende Wikipedia-Artikel herauskopiert und einfach in die Antwort bei

abgeordnetenwatch.de
eingesetzt. Als Beispiel dieser
Praxis nennt
abgeordnetenwatch.de eine
Antwort von Kölns
Oberbürgermeister Roters. In
dieser habe sich ein Abschnitt
befunden, der so auch bei
Wikipedia steht. Roters habe
daraufhin behauptet, dass nicht
er abgekupfert habe, sondern
Wikipedia bei ihm.

Zum Beitrag auf
abgeordnetenwatch.de: [Die
copy & paste-Abgeordneten](#)

-  **Korrupter**

Parteienstaat

Erst in der vergangenen
Woche hat
Bundestagspräsident
Norbert Lammert nach
Angaben von
Abgeordnetenwatch.de
„heimlich, still und leise“
veröffentlicht, woher die

Parteien im Jahr 2009
Großspenden ab 10.000
Euro erhielten. Die
Rechenschaftsberichte der
Parteien offenbaren, von
wem und in welcher Höhe
die Parteien finanzielle
Zuwendungen sowohl von
Unternehmens- wie auch
Privatseite erhielten.

Größter Profiteur in 2009 war die CDU. Die Partei erhielt Unternehmensspenden in Höhe von 14,9 Millionen Euro und konnte damit ihr Vorjahresergebnis fast verdoppeln. Ein regelrechter Offenbarungseid sind die Spender selbst: Der Großteil des Geldes kommt aus der

Rüstungsindustrie.
Großspenden kamen auch
von der Deutschen
Vermögensberatung und
der Tabakindustrie.
Besonders auffällig war
zudem eine Spende der
Mediengruppe Rheinische
Post im Wahljahr.

Auch die SPD erhielt,

allerdings bedeutend weniger als die CDU, Spendengelder aus der Rüstungs- und Waffenindustrie. Die Sozialdemokratie profitierte besonders von zahlreichen Medienbeteiligungen. Die Partei erhielt auch Zuwendungen von Industrieverbänden wie dem Verband der Metall- und Elektroindustrie. Der

bayrische Verband
spendete sowohl für die
SPD wie auch die CSU.

Wie die CDU erhielt auch
die SPD eine private
Zuwendung vom
Tunnelbaumaschinen-Prod
uzenten Martin
Herrenknecht (30.000
Euro). Das

Medienunternehmen

Bertelsmann spendete der CSU, wie auch den Grünen oder der FDP. Die Liberalen erhielten hohe Zuwendungen besonders von Versicherern und der Vermögensberatung. Als einzige im Bundestag vertretene Partei erhielt nur die Linke keine meldepflichtige Unternehmensspende über

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 05. März 2011 um 22:13 Uhr

10.000 Euro.

- □ □ **Klage gegen Justizministerin**

Die Deutsche
Umwelthilfe (DUH) wird
Justizministerin
Leutheusser-Schnarrenb
erger wegen
verweigerter

Akteneinsicht verklagen.
Hintergrund ist die
Verlängerung der
Laufzeiten von
Atomkraftwerken. Das
Justizministerium hatte
sich Medienberichten
zufolge im August 2010
auf maximal zwei Jahre
und vier Monate als
"moderate" und in der
Konsequenz nicht im

Bundesrat
zustimmungspflichtige
Laufzeitverlängerungen
festgelegt.

Zwei Wochen später
jedoch stimmte die
Verfassungsministerin
plötzlich den zwischen
Bundesregierung und

Energielobby
ausgehandelten
Laufzeitverlängerungen
von acht bis 14 Jahren
zu – also einer immerhin
bis zu sechsmal
längeren Frist. Die DUH
verlangt daher Einsicht
in interne Vermerke und
sonstige Schriftstücke
des Justizministerium,
die sich mit der Frage

beschäftigen, was unter einer "moderaten Laufzeitverlängerung" zu verstehen ist.

Die DUH geht davon aus, dass es seinerzeit im Justizministerium eine verfassungsrechtliche

Bewertung gab und dass
folglich entsprechende
Akten vorhanden sind.
Leutheusser-Schnarrenb
erger weigert sich seit
Herbst 2010 gegen die
Akteneinsicht mit der
Begründung, diese
würde die
"Funktionsfähigkeit der
Bundesregierung"
gefährden.

Daher klagt die DUH
nun vor dem
Verwaltungsgericht
Berlin gegen die
Ministerin. Die Klage der
Umweltorganisation
stütze sich auf klare
Regelungen des
Informationsfreiheitsges
etzes, IFG, so die DUH.

Die Ablehnung der
Einsichtnahme sei mit
dem
Informationsfreiheitsges
etz nicht vereinbar,
erklärt Rechtsanwältin
Cornelia Ziehm von der
DUH und Autorin der
Klage.

Es gebe gute Chancen, dass die Öffentlichkeit schließlich erfahre, ob juristische oder vielmehr politische Motive für die Positionierung des Justizministeriums verantwortlich waren.

Auch laut DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake seien die juristischen Gründe

für den Kurswechsel der Ministerin bislang weder von ihr selbst, noch von sonst jemandem aus dem Justizministerium erläutert worden.

- □ □ Gewalt und Aggression im Männerfußball

In Frankfurt kam es
am
Samstagnachmittag zu
Ausschreitungen
sogenannter "Fans" im
Rahmen des
Bundesligaspiels
zwischen Eintracht
Frankfurt und dem 1.

FC Kaiserslautern.
Randalierer seien mit
Feuerwerkskörpern
aufeinander los
gegangen. Zudem sei
es zu Schlägereien
gekommen. Der
Bereich um den
Bahnhof am
Frankfurter Stadion
wurde von der

Bundespolizei
gesperrt. Der Anpfiff
der Begegnung
verzögerte sich um
fünfzehn Minuten.

- **25. Spieltag**

Bayern verliert zum
dritten Mal in Folge.
Nach den Pleiten
gegen Dortmund

und Schalke im
Pokal verlor der
amtierende Meister
am Samstag auch
in Hannover. Die
96er belegten
kurzzeitig den
zweiten
Tabellenrang. Am

Abend gewann
Leverkusen gegen
Wolfsburg und
klettert zurück auf
die
Verfolgerposition
hinter Spitzenreiter
Dortmund. Der BVB
gewann bereits am

Freitag gegen Köln.
Im Abstiegskampf
konnten Stuttgart
und Gladbach
Erfolge verbuchen.

Stuttgart verließ
durch einen Sieg

gegen Schalke die
Abstiegsränge. Die
Gladbacher halten
mit einem Sieg
gegen Hoffenheim
Anschluss an das
rettende Ufer. Drei
Punkte trennen den
Tabellenletzten

sowohl vom
Relegationsplatz als
auch vom 15. Rang.
Frankfurt bleibt
weiter torlos im
Duell mit
Kaiserslautern auf
dem
Relegationsplatz.

Nürnberg
deklassierte St.
Pauli und klettert
erst mal auf den
sechsten
Tabellenplatz.

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 05. März 2011 um 22:13 Uhr

{jcomments on}